

# Grüne: Gülle-Problem ufert aus

Zunehmend auch Importe aus Holland – „27 Millionen Masthühner mehr als gemeldet“

Von Hans Brinkmann

**HANNOVER. Das Gülleproblem in Niedersachsen ufert nach Einschätzung der Grünen immer mehr aus. Vor allem in Weser-Ems sei eine geregelte Entsorgung nicht mehr gewährleistet, zumal es in zunehmendem Maße auch noch Importe aus Holland gebe, beklagte gestern der Grünen-Agrarexperte Christian Meyer in Hannover. Er warf der Landesregierung vor, dieses Problem ebenso zu verschleiern wie den wahren Bestand an Tieren in diesem Bundesland.**

Meyer berief sich diesbezüglich auf die Tierseuchenkasse, die weitaus höhere Werte ermittelt hatte als die offizielle Agrarstatistik. Demnach gibt es den jüngsten Zahlen zufolge nicht nur 36,5 Millionen Masthühner in diesem Bundesland, sondern 63,3 Millionen. Im Emsland liegt die Differenz mit 91 Prozent (26,2 statt 13,7 Millionen Masthühner) noch höher, im Kreis Vechta beträgt sie sogar 116 Prozent.

Meyer, der die Zahlen der Tierseuchenkasse realistisch nannte, weil Landwirte für nicht gemeldete Tiere im Bedarfsfall keinen Schadenersatz beanspruchen könnten,

## KOMMENTAR

### Da stimmt etwas nicht

Von Hans Brinkmann

**F**rüher hatten Bauernhöfe eine überschaubare Größenordnung; die eigenen Flächen reichten aus, um die Abfälle aus der Tierhaltung als Dünger zu verwerten. Das hat sich vielerorts ins krasse Gegenteil verkehrt.

Aus dem Boden gestampft wurden gerade im Weser-Ems-Gebiet riesige Stallanlagen, die Gülle ohne Ende erzeugen, aber kaum noch über eine Flächenbindung verfügen. Daraus resultiert ein gewaltiges Entsorgungsproblem, das sich

verwies auf ein entsprechend wachsendes Problem mit der Verwendung der Gülle. So fielen in Niedersachsen inzwischen pro Jahr 39,6 Millionen Tonnen an, davon allein 23,6 Millionen in Weser Ems. Hinzu kämen 7,1 Millionen Tonnen Mist und 13 Millionen Tonnen Gärreste aus Biogasanlagen.

Um diese Massen zu bewältigen, reichten vor allem in Weser-Ems die landwirt-

mit jedem neuen Großbetrieb weiter verschärft. Und zu allem Überfluss drängen auch noch industrielle Unternehmen aus Holland auf den hiesigen Markt, weil sie wegen strengerer Auflagen im eigenen Bereich an Grenzen stoßen.

Lange, viel zu lange haben Politiker dieser Entwicklung tatenlos zugesehen. Sie beschworen weihewoll das Leitbild vom bäuerlichen Familienbetrieb, während sich in der Praxis die Strukturen dramatisch veränderten.

Ausufernde Tendenzen einzufangen und wieder

schaftlichen Flächen längst nicht mehr aus. So müssten allein die Kreise Cloppenburg und Vechta, um die maximale Düngemenge nicht zu überschreiten, eigentlich 3,3 Millionen Tonnen Gülle und Mist in noch aufnahmefähige Regionen verbringen.

Dem werde jedoch offenkundig nicht nachgekommen, zumal es an wirksamen Kontrollen der Behörden fehle, erklärte Meyer. Die Folge:

vernünftige Rahmenbedingungen für die heimischen Landwirte zu schaffen ist überfällig. In Gebieten, in denen Gülle Luft und Wasser verseucht, wo Mais als Monokultur die Landschaft prägt und Pachten Mondpreise erreichen, stimmt etwas nicht – und dort wird auch zunehmend die Akzeptanz für diese Form von Agrarwirtschaft sinken.

Ein Güllekataster mit strenger Verbleibskontrolle wäre immerhin ein Ansatz. Es kann das Problem mildern, ohne es voll zu lösen.

h.brinkmann@noz.de

Deutschland entsorgte Güllemenge von 0,8 auf zwei Millionen Tonnen pro Jahr gestiegen. Nach Angaben der Landwirtschaftskammer erfolge mindestens die Hälfte dieser Transporte illegal.

Meyer zitierte aus einem Schreiben der Kammer an das Landwirtschaftsministerium in Hannover, wonach es derzeit keine Möglichkeit gibt, den Verbleib von Gülle voll zu erfassen und zu kontrollieren. Der Grünen-Abgeordnete forderte daher als Konsequenz die Einführung eines Güllekatasters und verschärfte Überwachungen auf allen Ebenen. Zudem dürften in Regionen mit Massentierhaltung keine neuen Stallbauten ohne Entsorgungsnachweise mehr errichtet werden.

Auch die Linken verlangten, die Überdüngung zu stoppen. Die Abgeordnete Marianne König verwies als Beispiel auf die Situation am Dümmer und forderte, wer Agrarsubventionen erhalten wolle, dürfe pro Hektar nur noch eine begrenzte Anzahl an Tieren halten.

Das niedersächsische Landvolk warnte dagegen vor pauschalen und populistischen Verurteilungen. Es gebe keine rechtlosen Zustände.